



## Presseschau vom 05.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Seyed Alireza Mousavi: Lage im Westjordanland droht zu eskalieren: Warum reiste Palästinenserpräsident Abbas nach Tel Aviv?**

Im von Israel besetzten Westjordanland und Ostjerusalem ist die Lage seit längerer Zeit sehr angespannt. Die größte Gefahr für Israel könnte in diesem Jahr nicht von einer möglichen "Atombombe" Irans, sondern vom Westjordanland ausgehen, wo Unzufriedenheit und entsetzliche Missstände herrschen. ...

<https://kurz.rt.com/2rt1>

#### **de.rt.com: Ex-Naftogaz-Chef prophezeit: Kiew könnte im Winter wieder russisches Gas stehlen**

Die Ukraine hat bezüglich ihrer Energieversorgung kaum gute Aussichten. Im ersten Quartal 2022 könnte es deshalb wieder zu Diebstahl von russischem Transitgas kommen, so der Ex-Chef der ukrainischen Naftogaz. Zu befürchten ist dabei auch ein Wiederaufflammen des Donbass-Konflikts. ...

<https://kurz.rt.com/2rt9>

#### **de.rt.com: Linken-Chefin Hennig-Wellso: "Nord Stream 2 brauchen wir nicht"**

Im Interview mit der "taz" äußerte sich die Co-Vorsitzende der Linkspartei zur Bedeutung der Klimapolitik für die Linke – und bestritt die Notwendigkeit der Erdgasleitung Nord Stream 2

für die Energieversorgung. ...

<https://kurz.rt.com/2rto>

**de.rt.com: Sabotageakte gegen Atomprojekte im Nahen Osten: Mossad nahm auch westeuropäische Firmen ins Visier**

Iran ist keineswegs das einzige Land in der Region, das in den letzten Jahrzehnten zum Ziel von Sabotageakten wurde. Um Länder in der Region davon abzuhalten, nukleare Infrastruktur aufzubauen, setzte sich Israel schon lange für Sabotageakte und Mordversuche ein, sogar auch auf europäischem Boden. ...

<https://kurz.rt.com/2rtt>

**de.rt.com: Bundesregierung verurteilt Nationalistenmärsche in der Ukraine - aber erst auf Nachfrage von RT DE**

Am 1. Januar 2022 fanden in der Ukraine Feierlichkeiten zu Ehren des Nazi-Kollaborateurs und radikalen Antisemiten Stepan Bandera statt. Israel verurteilte diese Märsche und die dortigen "antisemitischen Manifestationen". Deutschland hüllte sich in Schweigen. RT DE fragte daher auf der Bundespressekonferenz, ob das Auswärtige Amt die Einschätzung und Verurteilung Israels teilt. ...

<https://kurz.rt.com/2ruw>

**abends/nachts:**

**snanews.de: Proteste in Kasachstan gegen hohe Energiepreise – Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten**

Aus Protest gegen hohe Energiepreise sind in Kasachstan in Zentralasien den dritten Tag infolge Tausende Menschen auf die Straße gegangen.

Die Demonstrationen hätten sich mittlerweile auf mehrere Städte und Dörfer ausgeweitet, berichteten lokale Medien am Dienstag. Auf den Bildern und Videos in den sozialen Netzwerken sind Menschen auf Plätzen und Straßen begleitet von einem großen Aufgebot an Sicherheitskräften zu sehen. Den Berichten zufolge gab es Dutzende Festnahmen.

Auf dem zentralen Platz der Stadt Almaty kam es laut einem Korrespondenten der RIA Novosti zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, bei denen die Polizei Blendgranaten und Tränengas eingesetzt hat. Auf dem Platz versammelten sich den Angaben zufolge rund 1000 Menschen. Einwohner von Almaty berichten, dass das Internet in der Stadt blockiert sei und die Messenger WhatsApp und Telegram nicht funktionieren würden.

**Präsident ruft zu Vertrauen und Dialog auf**

Der kasachische Präsident, Kassym-Schomart Tokajew, richtete sich am Dienstagabend in einer Ansprache an die Bevölkerung des Landes. Er rief die Menschen auf, vernünftig zu bleiben und internen und externen Provokationen zu widerstehen.

„Aufrufe, zivile und militärische Abteilungen anzugreifen, sind absolut illegal. Dies ist ein Verbrechen, das bestraft werden kann. Die Macht wird nicht fallen, aber wir brauchen keinen Konflikt, sondern gegenseitiges Vertrauen und Dialog“, sagte der Präsident.

Er sicherte zu, dass „alle berechtigten Anfragen und Forderungen sorgfältig geprüft und entsprechende Entscheidungen getroffen“ würden. Am Mittwoch solle eine entsprechende Arbeitssitzung abgehalten werden. Tokajew wies die Behörden an, eine für „beide Seiten vorteilhafte Lösung“ zu finden.

Auslöser für die Eskalation waren zunächst kleinere Proteste in der Stadt Schangaösen im Westen der Republik. Demonstranten beklagten demnach stark gestiegene Preise für Flüssiggas an den Tankstellen. Sie fordern deutliche Preissenkungen. Die in Aussicht

gestellten günstigeren Preise wurden als unzureichend zurückgewiesen. Das Energieministerium Kasachstans erklärte den Preisanstieg mit einer gestiegenen Nachfrage nach Flüssiggas, das seit Jahresbeginn an der Energiebörse gehandelt werde.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/04/4898924\\_0:177:3013:1872\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_c425dd7b49037e4eb60629510bbb88f4.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/04/4898924_0:177:3013:1872_1920x0_80_0_0_c425dd7b49037e4eb60629510bbb88f4.jpg)

### wpered.su: **Kinder aus Makejewka erhielten Neujahrsgeschenke von der KPRF**

Im Vorfeld der Neujahrsfeiertage besuchte eine Delegation der KPRF unter Leitung des Abgeordneten der Staatsduma Kasbek Tajsajew die Donezker Volksrepublik. In der Donezker Volksrepublik führte sie Treffen in zwanzig Organisationen und Einrichtungen durch. Kinderhäuser, Kinderheime, Sozialzentren, Schulen, Hochschulen, Einheiten der Volksmiliz, Kollektive verschiedener gesellschaftlicher Organisationen, Treffen mit mit Leitern und verantwortlichen Mitarbeitern der DVR, Vertretern örtlicher Staatsorgane – all das in drei Tagen Aufenthalt im Donezker Gebiet.

Schon seit mehr als sechs Jahren ist das Schülerhaus „Gajdarowez“ freundschaftlich mit dem Abgeordneten der Staatsduma K.K. Tajsajew und Mitgliedern seines Teams verbunden. Da er mehrfach die einmalige außerschulische Kindereinrichtung besuchte, wurde Kasbek Tajsajew ein guter Freund der Kinder, der nicht gleichgültig ist und sich um ihre Probleme kümmert. Die Kinder kennen und erinnern sich an solche Besuche, warten und bereiten sich auf die Treffen vor. Auch in diesem Jahre waren das „Gajdarowez“ und seine Mitglieder keine Ausnahme.

Im Auftrag der Delegation der KPRF und von Kasbek Tajsajew persönlich besuchte der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow das Schülerhaus „Gajdarowez“ in Makejewka. Zu dem Treffen gaben die Schüler und ihre Eltern. Boris Litwinow überbrachte den Pädagogen, Kindern und ihren Eltern die Grüße des Leiters der KPRF in der Staatsduma Russlands G.A. Sjuganows sowie Neujahrsgeschenke für die Kinder, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Kinder hatten ein Festprogramm vorbereitet: einen unterhaltsamen Quiz, fröhliche Spiele und Wettbewerbe. Auf Initiative der Kinder war eine Theatergruppe gegründet worden: Regisseur, Schauspieler, Kostümschneider, Maskenbildner. Das Kindertheaterkollektiv führte eine kleine Szene nach Motiven der Novelle N.W. Gogols „Abende auf dem Weiler bei Dikanka“ auf. Die Schüler des Schülerhauses erzählten ihre Eindrücke darüber, wie das Jahr 2021 verlaufen ist, welche Erinnerungen sie aus diesem Jahr mit sich nehmen und was sie vom neuen Jahr erwarten.

Den ganzen Tag lang erschallte in dem Schülerhaus Kinderlachen, war eine Atmosphäre von Gutem und Einheit, von Feiertag und Festlichkeit zu spüren.

Zum Abschluss der Veranstaltung übergaben die Kinder Boris Litwinow Plakate,

Zeichnungen und Andenken, die sie selbst erstellt hatten, sie baten darum, der KPRF und Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew persönlich ihren Dank und herzliche Wünsche zu übermitteln.



[http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/01/20220104\\_233848.png](http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/01/20220104_233848.png)

### snanews.de: **Migrationskrise an Grenze zu Belarus: Polen legt Bau von 186 km langer Schutzanlage vertraglich fest**

Polen will an der Grenze zu Belarus einen fast 200 Kilometer langen Schutzzaun errichten. Drei Bauverträge dazu haben am Dienstag der stellvertretende Chef des Innen- und Verwaltungsministeriums Polens, Maciej Wąsik, sowie die stellvertretende Oberbefehlshaberin des Grenzschutzes, Wioleta Gorzkowska, in einer Konferenz unterzeichnet.

Wie Gorzkowska vom Ministerium für Inneres und Verwaltung auf Twitter zitiert wird, hat die „anhaltende Destabilisierung“ an der polnisch-belarussischen Grenze deutlich vor Augen geführt, dass die Errichtung einer physischen Barriere eine „notwendige und dringende Investition“ sei.

Die stellvertretende Oberbefehlshaberin zeigte sich demnach erfreut, dass alle für den Bau notwendigen Lösungen „innerhalb von so kurzer Zeit“ – nämlich zwei Monaten – haben erarbeitet werden können. Dabei bezog sie sich auf die Ankündigung von Maciej Wąsik Mitte November, eine Mauer an der Grenze zu Belarus zu bauen. Damals hieß es, das entsprechende Vorhaben solle bis Ende des ersten Halbjahres 2022 abgeschlossen sein. Laut dem stellvertretenden Chef des polnischen Innenministeriums wird der Bau unter „sehr schwierigen geopolitischen Bedingungen“ erfolgen, weil sich auf der anderen Seite der Grenze belarussische Soldaten befänden, die Polen feindlich gesinnt und mittlerweile „zu Schmuggeldiensten“ geworden seien.

Alle Verträge werden Wąsik zufolge transparent sein und auf der offiziellen Website des polnischen Ministeriums für Inneres und Verwaltung veröffentlicht werden.

#### **Bereits bekannte Details über Schutzzaun**

Gorzkowska teilte mit, dass die Länge des Stahlzauns 186 Kilometer betragen werde. Dieser soll gleichzeitig auf vier Abschnitten gebaut werden, was eine Verkürzung der Bauzeit und eine parallele Durchführung der Bauarbeiten ermöglichen soll.

Die Absicherung der Grenze soll laut dem Ministerium für Inneres und Verwaltung 5,5 Meter hoch sein – davon fünf Meter hohe Stahlpfähle, die mit einer Drahtspule überzogen sein sollen, sodass sich ein Passieren auf die andere Seite als unmöglich erweisen werde.

Auch moderne, elektronische Methoden des Grenzmanagements (Bewegungsmelder entlang der Grenze und Kameras) sollen demnach eingesetzt werden.

#### **Lage an der Grenze weiterhin angespannt**

Am Montag hat die Pressesprecherin des polnischen Grenzschutzes, Anna Michalska, bestätigt, dass die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze weiterhin besorgniserregend sei.

Dabei hat sie auf illegale Grenzübertritte vonseiten aggressiver Personen verwiesen und berichtet, dass belarussische Dienste, Soldaten sowie Mitarbeiter des belarussischen Grenzschutzes mehrmals Steine geworfen oder Stacheldraht zerschnitten hätten – „selbst wenn es dort keine Ausländer gab“.

Laut Michalska ist die Zahl der versuchten Grenzübertritte im Jahr 2021 um Hunderte gestiegen.

„Im vergangenen Jahr haben wir 39.714 illegale Versuche verzeichnet, die polnisch-belarussische Grenze zu übertreten. Ein Jahr zuvor hatte es 122 solche Versuche gegeben“, sagte die Sprecherin. Nach ihren Schätzungen wurden im Jahr 2021 insgesamt 2800 illegale Migranten an diesem Grenzabschnitt gestoppt.

### **Migrationskrise an polnisch-belarussischer Grenze**

Seit dem 2. September gilt der Ausnahmezustand in den polnischen Gemeinden an der Grenze zu Belarus. Mit dem Zutrittsverbot für Menschenrechtsorganisationen und Journalisten will die polnische Regierung verhindern, dass Migranten von polnischer Seite aus beim Grenzübertritt unterstützt werden. In der Grenzregion hatte es bereits mehrere Todesfälle unter Migranten gegeben.

In der letzten Zeit haben Litauen, Lettland und Polen einen Anstieg der Zahl der illegalen Migranten gemeldet, die an der Grenze zu Belarus festgenommen werden. Sie haben Minsk vorgeworfen, eine Migrationskrise verursacht zu haben. Minsk wiederum weist alle Vorwürfe zurück und erklärt, Polen dränge Migranten gewaltsam über die Grenze zurück und heize die Situation mit den Flüchtlingen künstlich an.

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hatte Ende Mai angekündigt, dass sein Land Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Mitte September hat Lukaschenko verkündet, sein Land sei bereit, mit dem Westen über illegale Migration zu sprechen – aber nur, wenn die Sanktionen gegen Minsk aufgehoben würden.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/04/4898875\\_0:135:3159:1912\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_d5771d3ccfcedd2cd4293020908b4f65.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/04/4898875_0:135:3159:1912_1920x0_80_0_0_d5771d3ccfcedd2cd4293020908b4f65.jpg)

**vormittags:**

de.rt.com: **Massenproteste und Ausschreitungen in ganz Kasachstan, Präsident ruft Ausnahmezustand aus**

Am Montag gingen Tausende Menschen in vielen kasachischen Städten auf die Straße, es gab Zusammenstöße mit der Polizei. Präsident Toqajew warnte die Bevölkerung in einer Ansprache vor Provokationen und versprach, die Forderungen der Protestierenden zu prüfen.

Schon den dritten Tag in Folge gehen Tausende Menschen in der zentralasiatischen Republik Kasachstan auf die Straße. Auslöser war die Erhöhung der Energiepreise. Die zunächst nur kleineren Proteste begannen am 2. Januar in den Städten Schangaösen und Aktau im Westen der Republik. Demonstranten beklagten die stark gestiegenen Preise für Flüssiggas an den Tankstellen, die am 1. Januar von 60 (0,12 Euro) auf 120 Tenge (0,24 Euro) erhöht wurden. Den Demonstranten in Aussicht gestellte günstigere Preise wiesen diese als unzureichend zurück.

Am Montag griffen die Straßenproteste auf weitere kasachische Städte über, darunter die Hauptstadt Nur-Sultan, die ehemalige Hauptstadt Almaty oder Großstädte wie Karaganda und Uralsk. In zahlreichen Kanälen des Messengers Telegram berichten Einheimische über die Lage in Kasachstan und posten Kurzvideos. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass die höheren Preise nur als Vorwand dienen, um die Regierung zum Rücktritt zu bewegen.

So zumindest die Auffassung des in Polen ansässigen Telegram-Kanals Nexta-Live. Während der Massenproteste in Weißrussland im August und September 2020 diente der Kanal als Schaltzentrale und Agitationsorgan der Protestbewegung. In Weißrussland wurden Nexta-Live und Dutzende weitere Kanäle inzwischen als extremistisch eingestuft. Mit 821.000 Abonnenten verfügt Nexta-Live jedoch auch weiterhin über erheblichen Einfluss im postsowjetischen Raum und befeuert nun die Proteste in Kasachstan.

Auf vielen aus verschiedenen Städten [geposteten Videos](#) ist zu sehen, wie Hunderte Menschen durch die Straßen der Stadtzentren marschieren. Es ist zu hören, wie Demonstranten die Nationalhymne singen. Inzwischen gab es erste Zusammenstöße mit der Polizei, Sicherheitskräfte setzten Tränengas und Blendgranaten ein, mehrere Dutzend Personen wurden in Polizeifahrzeuge gebracht.

In mehreren Städten Kasachstans sind inzwischen Zelte, Bühnen und Lautsprecheranlagen auf den zentralen Plätzen aufgestellt. Die Protestierenden kündigen in [Videos](#) an, auch über Nacht auf den Plätzen bleiben zu wollen und bitten die Einwohner um Unterstützung mit warmem Essen und Kleidung. Sie bilden Sprechchöre, singen und tanzen, um sich aufzuwärmen; mancherorts ist die Stimmung aggressiv.

Andere [Videos](#) zeigen, wie Randalierer Polizeiwagen und Sicherheitskräfte angreifen. Mehrere Polizeiautos wurden angezündet und verbrannt.

Via Telegram werden auch Anweisungen für den Umgang mit der Polizei gepostet. Die Sicherheitskräfte wurden von den Demonstranten aufgerufen, sich auf die Seite des Volkes zu stellen und die "diktatorische Regierung" zu bekämpfen.

### **Präsident: "Die Macht wird nicht stürzen"**

Zahlreiche Beobachter wiesen darauf hin, dass die Entwicklung in Kasachstan starke Ähnlichkeiten mit den dramatischen Ereignissen auf dem Kiewer Maidan im Winter 2013/ 14 und in Weißrussland im Jahr 2020 aufweist. Viele warnen vor dem Versuch einer "bunten Revolution". Die Demonstranten skandieren immer stärker die an den Ex-Präsidenten Nursultan Nasarbajew gerichtete Aufforderung "Alter, hau ab!" In einer auf Telegram geposteten Karte Kasachstans sind 18 Städte markiert, in denen derzeit protestiert wird. Der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew erkannte offenbar den Ernst der Lage und hielt am Montag in russischer und kasachischer Sprache eine Rede an das Volk. Russisch ist in Kasachstan zwar keine Staatssprache, dient aber als gemeinsame Verkehrssprache zwischen den verschiedenen Ethnien des Landes. Knapp 20 Prozent der Bevölkerung in Kasachstan sind Russen, etwa 90 Prozent sind russischsprachig.

Das Staatsoberhaupt forderte die Einwohner auf, vernünftig zu sein und sich nicht von "internen und externen Provokationen" anstacheln zu lassen.

"Aufrufe zum Angriff auf die Büros von zivilen und militärischen Einrichtungen sind absolut illegal. Dies ist eine Straftat, die bestraft werden kann. Die Macht wird nicht stürzen, und wir brauchen keinen Konflikt, sondern gegenseitiges Vertrauen und Dialog", sagte der Präsident. Laut Toqajew stünden das Wohlergehen des Volkes und der Platz des Landes in der modernen

Welt auf dem Spiel. "Alle berechtigten Anfragen und Forderungen von Ihrer Seite werden sorgfältig geprüft und es werden entsprechende Entscheidungen getroffen. Morgen findet eine Arbeitssitzung zu all diesen Themen statt", schloss der Präsident.

Einer letzten Meldung aus der Hauptstadt Nur-Sultan zufolge verhängte Präsident Toqajew derweil in der Stadt Almaty und einer weiteren Region für den Zeitraum vom 5. bis zum 19. Januar den Ausnahmezustand. Die Regierung wurde angewiesen, dringend die Situation der Gaspreise unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und rechtlicher Aspekte zu überprüfen. Mitglieder der Regierungskommission führten bereits am 4. Januar Gespräche mit einer Initiativgruppe der Aktivisten in der Region Mangistau. Dabei wurde über den Preis für Flüssiggas und Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts diskutiert. Das Energieministerium Kasachstans erklärte den Preisanstieg mit der gestiegenen Nachfrage nach Flüssiggas. Seit Jahresbeginn werde Flüssiggas an der Energiebörse gehandelt.

Vor dem Hintergrund der Rede Toqajews kommen aus Almaty weitere [Berichte über Zusammenstöße](#) zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Ein Korrespondent der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass sich rund tausend Menschen auf dem zentralen Platz der Stadt versammelt haben. Die Polizei setzt Reizgas ein, das Gebiet sei in beißenden Rauch gehüllt, der das Atmen erschwert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d4bf6048fbef76f50645ff.jpg>

#### snews.de: **Südkoreas Militär registriert neuen Raketenstart in Nordkorea**

Nordkorea hat am Mittwoch nach Angaben des südkoreanischen Militärs ein Geschoss in Richtung des Japanischen Meeres abgefeuert. Dabei habe es sich offensichtlich um eine ballistische Rakete gehandelt, zitiert die Agentur Yonhap Südkoreas Generalstab.

Der Start habe um gegen 08:10 Uhr Ortszeit im Norden Nordkoreas stattgefunden. Von dort aus hatte das abgeschottete Land im September vergangenen Jahres eine angebliche Hyperschallrakete namens Hwasong-8 gestartet.

Spezialisten aus Südkorea und den Vereinigten Staaten würden die Daten noch auswerten, hieß es aus dem südkoreanischen Generalstab. Das südkoreanische Militär beobachte in Zusammenarbeit mit den USA die entsprechenden Aktivitäten Nordkoreas.

Das US-Militär teilte laut Yonhap mit, dass weder für das US-Personal noch das US-Territorium oder US-Verbündete eine unmittelbare Bedrohung bestehe. Laut Beobachtern könnte der neue Start Teil der Winterübungen Nordkoreas sein.

Der japanische Küstenschutz teilte mit, dass das Geschoss ins Meer gestürzt sei. Nordkorea hat den Test vorerst nicht bestätigt.

Im Oktober hatte Nordkorea bereits eine ballistische Rakete getestet, die nach Informationen seiner Staatsmedien von einem untergetauchten U-Boot abgefeuert werden kann. Nordkorea hatte sich bereits 2005 zur Kernwaffenmacht erklärt und mehrere Atomtests durchgeführt, auf die der UN-Sicherheitsrat mit Sanktionen reagierte. Außerdem sorgt das Land mit seinem Raketenprogramm international für Unruhe.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/1c/3750527\\_0:161:3071:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_7693b446378ad1377d1d2724a3d4802a.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/1c/3750527_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_7693b446378ad1377d1d2724a3d4802a.jpg)

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 4. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

#### **de.rt.com: Kasachstan: Regierung wegen Massenprotesten zurückgetreten**

Nach Ausschreitungen bei Protesten gegen hohe Gaspreise ist in Kasachstan die gesamte Regierung zurückgetreten. Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts bleiben die Minister aber noch im Amt. Der Präsident des Landes wies derweil Preissenkungen für Flüssiggas an. Der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew hat den Rücktritt der Regierung des Landes akzeptiert, die aber ihre Aufgaben bis zur Bildung eines neuen Ministerkabinetts weiter wahrnehmen wird. In einem am Mittwoch veröffentlichten Präsidialdekret heißt es: "In Übereinstimmung mit Artikel 70 der Republik Kasachstan beschließe ich hiermit, den Rücktritt der Regierung der Republik Kasachstan zu akzeptieren." Der drastische Schritt kam am Mittwochmorgen nach einer Nacht eskalierender und zunehmend gewalttätiger Proteste im ganzen Land. Während das Dekret sofort in Kraft tritt, werden die derzeitigen Minister bis zur Bildung eines neuen Kabinetts noch im Amt bleiben. Lediglich wird den bisherigen kasachischen Regierungschef Asqar Mamin der bisherige Erste Stellvertretende Premierminister Älichan Smajylow als Interimspremierminister ersetzen. Am Dienstagabend hatte Präsident Toqajew nach Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre in Kasachstans größter Stadt Almaty sowie über die Region Mangghystau verhängt. Vor allem in der Wirtschaftsmetropole Almaty mündeten die Proteste am Dienstag in Krawallen. Zahlreiche Fotos und Videos, die im Internet kursieren, zeigen, wie Demonstranten Polizeiautos zerstörten und anzündeten, während Beamte unter anderem Tränengas und Blendgranaten einsetzten, um die Menschenmenge aufzulösen. 37 Einsatzfahrzeuge wären beschädigt worden, teilte das Innenministerium des Landes mit. Mehr als 200 Personen seien festgenommen worden, weil sie bei nicht genehmigten Protesten in mehreren Regionen des Landes die öffentliche Ordnung gestört hätten, heißt es weiter. In einer Pressemitteilung des Ministeriums heißt es laut einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, hat die Polizei legitime Maßnahmen ergriffen, um Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zu unterbinden und die Verantwortlichen zu verhaften. Infolge der rechtswidrigen Handlungen wurden 95 Polizeibeamte verletzt. 37 Dienstfahrzeuge wurden beschädigt."

Weiter heißt es seitens des Innenministeriums, dass die Teilnehmer der illegalen Proteste in

den kasachischen Städten Almaty, Schymkent und Taras versucht hätten, die lokalen Verwaltungen, die sogenannten Akimats, anzugreifen. Die Protestler versuchten, Fenster und Türen einzuschlagen. Der Behörde zufolge setzten die Randalierer auch Steine, Stöcke, Pfefferspray und Molotow-Cocktails ein. Auch Sicherheitskräfte wären angegriffen worden. Präsident Qassym-Schomart Toqajew rief die Menschen zur Zurückhaltung auf. Die Proteste in der ehemaligen Sowjetrepublik hatten sich an drei aufeinanderfolgenden Tagen immer mehr ausgeweitet. Auslöser war die Entscheidung der Regierung, die Preiskontrolle für Flüssiggas aufzuheben, wodurch sich die Preise umgehend etwa verdoppelt hatten. Um die Kritiker zu besänftigen, führte Toqajew die Preisbeschränkungen wieder ein, doch die Proteste wurden immer politischer und die Forderungen der Demonstranten gingen schnell so weit, dass sie den Rücktritt der gesamten Regierung forderten.

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 4. Januar 3:00 Uhr bis 5. Januar 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen: *Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).* In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Dolomitnoje**. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

### **de.rt.com: "Haben keinen stärkeren Partner als die USA" – Baerbock vor ihrer Ankunft in Washington**

Der erste Besuch von Annalena Baerbock als Ministerin in den USA wird überschattet vom Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Zwar betonte die Politikerin vor ihrer Reise die gemeinsame Position mit den USA – doch bei anderen Themen droht Zwist mit Washington. Außenministerin Annalena Baerbock hat vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine erwartungsgemäß die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft unterstrichen. Die Grünen-Politikerin erklärte am Mittwoch vor ihrem Abflug nach Washington zu Gesprächen mit ihrem US-Amtskollegen Antony Blinken und der Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi:

"Je schwieriger die Zeiten, desto wichtiger sind starke Partnerschaften – und als Europäer haben wir keinen stärkeren Partner als die USA."

Es ist der erste Besuch von Baerbock als Ministerin in den USA – und bereits das zweite persönliche Treffen mit Blinken. Die beiden waren schon kurz nach Baerbocks Amtsantritt im Dezember bei einem G7-Außenministertreffen in Liverpool zusammengekommen.

Im Zentrum der Gespräche dürfte die Entwicklung in der Krise zwischen Russland und der Ukraine stehen. Baerbock machte vor ihrem Abflug deutlich, wen sie in dem Konflikt einseitig in der Verantwortung sieht:

"Das russische Handeln ist mit einem klaren Preisschild gekennzeichnet, der einzige Weg aus der Krise führt über Dialog."

Dies habe man der russischen Regierung immer wieder eindringlich deutlich gemacht, so Baerbock. Die USA werfen Russland seit Wochen einen Truppenaufbau in Gebieten an der Grenze zur Ukraine vor. Russische Truppen könnten in die Ex-Sowjetrepublik einmarschieren, so das transatlantische Narrativ. Der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates Alexei Danilow dementierte Ende Dezember derartige Spekulationen. Russland hat die Vorwürfe mehrfach zurückgewiesen. Das Thema ist am 9. und 10. Januar Gegenstand eines Treffens von Experten der USA und Russlands.

Allerdings könnte die von Baerbock demonstrativ beschworene Einheit mit den USA beim

Thema Nord Stream 2 schnell ins Bröckeln geraten. Die Vereinigten Staaten sind strikt gegen die Pipeline und schreckten auch vor Sanktionen nicht zurück. Neben einigen EU-Partnerländern haben sich auch die Grünen in der Ampel-Koalition skeptisch zu dem bereits fertiggebauten Doppelstrang unter der Ostsee geäußert. Anders als Baerbock betont Kanzler Olaf Scholz (SPD) indes, die ausstehende Entscheidung über die Inbetriebnahme durch die Bundesnetzagentur sei unpolitisch, es handle sich um ein privatwirtschaftliches Projekt. "Die grüne Drohung, Nord Stream 2 nicht zu nutzen, schadet vor allem Deutschland", sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

"Denn bei stark steigenden Gaspreisen ist Deutschland auf eine sichere Gasversorgung angewiesen."

Nach dem Regierungswechsel in Berlin sei "eine Situation der Unsicherheit" und "eine naive und unsichere grüne Außenpolitik" zu befürchten, gerade im Verhältnis zu Russland. Zwar sei die Sorge über eine Ausweitung des Konflikts in der Ukraine berechtigt, sagte Söder – aber: "Wir dürfen uns nicht in eine Eskalation hineinreden. Es braucht jetzt weniger Drohungen, sondern mehr Gespräche und Diplomatie."

Ein Problem sei, "dass die Ampel hier mit zwei Stimmen spricht. Das schwächt das europäische Anliegen". Der für den Grünen-Vorsitz kandidierende Außenpolitiker Omid Nouripour versuchte sich derweil in einem "transatlantischen Spagat". Gegenüber Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte er vor dem USA-Besuch Baerbocks: "Die Europäer müssen eine eigene Souveränität anstreben." Es gebe Stimmen in den USA, die eine vollständige Entkopplung von China forderten. "Das ist weder wünschenswert noch realistisch." Die europäischen Interessen seien nicht deckungsgleich mit den amerikanischen. "Trotzdem ist es von großer Bedeutung, eine Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Werte zu pflegen und zu vertiefen – und zwar unabhängig davon, wer gerade im Oval Office und im Kanzleramt sitzt."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d55411b480cc267047c040.jpg>

#### snanews.de: **Treffen mit Nato: Moskau erwartet greifbares Resultat**

Bei den Sicherheitsgesprächen mit der Nato am Mittwoch nächster Woche will Russland greifbare Ergebnisse erzielen. Das machte der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko deutlich.

„Wir wollen unverzüglich und substantiell verhandeln. Die aktuelle Situation erfordert das“, sagte Gruschko der Agentur RIA Novosti. Russland lege großen Wert darauf, dass bei den Gesprächen „konkrete Ergebnisse“ erzielt würden.

Moskau strebe eine Entscheidung an, „die die Situation im Bereich der militärischen Sicherheit in Europa tatsächlich verbessert“, erklärte Gruschko. „Wir wollen keine Verhandlungen wegen Verhandlungen.“ Er schloss nicht aus, dass dafür mehrere

Gesprächsrunden nötig sein werden.

Russland werde zu den Gesprächen eine interministerielle Delegation unter Beteiligung des Außen- und des Verteidigungsministeriums entsenden, merkte der stellvertretende Außenminister an. „Wir gehen davon aus, dass das Militär an der Diskussion über militärische Sicherheit unmittelbar teilnehmen wird.“

Was am 12. Januar genau diskutiert wird, steht laut Gruschko noch nicht fest. Die Tagesordnung sei nicht vereinbart worden. Nachdem die Nato die Arbeit des Russland-Nato-Rates auf Eis gelegt habe, „gibt es keine Strukturen mehr, die sich darum kümmern könnten“. Deshalb wisse Russland nicht, wer die Nato beim bevorstehenden Treffen repräsentieren werde.

Der Nato-Russland-Rat soll am 12. Januar erstmals seit zweieinhalb Jahren wieder tagen. Der Generalsekretär des westlichen Militärbündnisses, Jens Stoltenberg, teilte mit, dass die Nato bei der Zusammenkunft über die europäische Sicherheit und den Ukraine-Konflikt beraten wolle.

Für den 10. Januar sind in Genf Sicherheitsgespräche zwischen Russland und den USA geplant. Russland hatte zuvor Entwürfe für zwei Abkommen mit den USA und der Nato veröffentlicht. Darin geht es unter anderem darum, dass die Nato garantieren soll, dass sie sich nicht weiter nach Osten ausdehnt und dass die Ukraine nicht ins Bündnis aufgenommen wird.

Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen. Der russische Vize-Außenminister, Sergej Rjabkow, warnte vor einer neuen Konfrontationsspirale, sollte der Vorstoß Moskaus ohne Reaktion bleiben.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/1d/1909692\\_0:65:3078:1796\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_3ea797afb274f0919798d2f1c7f98632.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/1d/1909692_0:65:3078:1796_1920x0_80_0_0_3ea797afb274f0919798d2f1c7f98632.jpg)

**nachmittags:**

de.rt.com: **Proteste in Kasachstan: Demonstranten stürmen Residenz des Präsidenten in Almaty**

Medienberichten zufolge haben Demonstranten am Mittwoch in der kasachischen Stadt Almaty die Residenz des Präsidenten gestürmt. Die Nachrichtenagentur TASS verweist dabei auf ein lokales Nachrichtenportal unter Berufung auf Augenzeugen.

Das kasachische Portal Zakon.kz berichtet unter Berufung auf Augenzeugen, dass die Demonstranten die Präsidentenresidenz in der Stadt Almaty gestürmt haben.

Außerdem stürmten die Demonstranten dort die Stadtverwaltung. In einem [Video](#) waren Flammen am Gebäude zu sehen, schwarzer Rauch stieg auf. Knallgeräusche waren zu hören. Auch bei der Staatsanwaltschaft soll ein Brand ausgebrochen sein. Auf den Straßen kommt es

weiterhin zu Zusammenstößen mit der Polizei, die Demonstranten brennen Autos nieder. Bereits in der Nacht zum Mittwoch hatte es in Almaty, der größten Stadt des Landes, und weiteren Städten der Ex-Sowjetrepublik schwere Ausschreitungen mit vielen Festnahmen und Verletzten gegeben. Hintergrund sind deutlich gestiegene Preise für Flüssiggas an den Tankstellen.

Der Kreml gehe davon aus, dass die kasachischen Behörden die internen Probleme alleine bewältigen werden, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow: "Wir sind davon überzeugt, dass unsere kasachischen Freunde ihre internen Probleme selbstständig lösen können."

Er betonte, dass die Behörden des Landes Russland nicht um Hilfe gebeten hätten: "Wichtig ist, dass sich niemand von außen einmisch."

Mittlerweile wurden in Almaty und Nur-Sultan die Internet- und Telefonverbindung abgeschaltet, berichtet das Portal GlobalCheck.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d582b248fbef783749c936.jpg>

dan-news.info: 2021 wurden im Gebiet von Jasinowataja und in Ortschaften, die zeitweilig zum Verantwortungsbereich von Jasinowataja gehören, 149 private Wohnhäuser sowie zwei Mehrparteienwohnhäuser wiederaufgebaut, die infolge der Kriegshandlungen beschädigt wurden.

Seit 2014 wurden in Jasinowataja 696 private Wohnhäuser wiederaufgebaut, was 40% der Gesamtzahl der beschädigten Objekte dieser Kategorie ausmacht. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 34 Mehrparteienwohnhäuser wiederaufgebaut, was 21% von deren Gesamtzahl ausmacht.

#### de.rt.com: **Tagung des NATO-Russland-Rats am 12. Januar bestätigt**

Für den 12. Januar ist eine Tagung des NATO-Russland-Rats angesetzt. Bei dem Treffen in Brüssel soll es erstmals seit rund zweieinhalb Jahren wieder einen Austausch zwischen Vertretern der NATO und Russlands geben.

In einer Woche finden wieder Gespräche zwischen der NATO und Russland statt, teilte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf Twitter mit. Er habe die Tagung am 12. Januar einberufen, um Fragen der europäischen Sicherheit zu diskutieren, insbesondere die Situation in und um die Ukraine.

Der Rat tagte seit dem Jahr 2019 nicht mehr. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Militärbündnis verschärfen sich noch früher, im Jahr 2014, nach der Eingliederung der Halbinsel Krim in die Russische Föderation. Ende letzten Jahres signalisierte Jens Stoltenberg angesichts steigender Spannungen die Bereitschaft zu einem "sinnvollen Dialog" mit Moskau. Neben der Tagung in Brüssel sind weitere Gespräche geplant. Am 10. Januar treffen sich in Genf die Vertreter des russischen und US-Außenministeriums, für den 13. Januar ist ein

multilaterales Treffen in Wien angesetzt.

In den letzten Wochen hat der Westen Moskau wiederholt vorgeworfen, mit einem Militäraufmarsch in die benachbarte Ukraine einmarschieren zu wollen. Moskau weist diese Vorwürfe zurück und behauptet, alle Manöver seien ausschließlich auf das russische Gebiet beschränkt und hätten keinen aggressiven Charakter.

Das russische Außenministerium hatte im Dezember die Vertragsentwürfe zwischen Russland und der NATO über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, wird dem Bündnis vorgeschlagen, jegliche militärische Aktivität in der Ukraine und anderer Staaten Osteuropas, Transkaukasiens und Zentralasiens einzustellen. Stoltenberg betonte zuletzt immer wieder, dass das Bündnis gesprächsbereit sei, sich aber nicht von Russland vorschreiben lassen werde, wen es aufnimmt und wen nicht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d5949cb480cc3b7d664447.jpg>

### de.rt.com: **Präsident Kasachstans kündigt harte Maßnahmen gegen gewalttätige Demonstranten an**

Der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew hat am Mittwoch in seiner Ansprache an das Volk gewarnt, dass die Behörden von nun hart gegen die Demonstranten vorgehen werden. Bei den Protesten in mehreren Städten des Landes habe es auch Tote gegeben.

Kasachstans Präsident Qassym-Schomart Toqajew hat am Mittwoch ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte während der landesweiten Proteste angekündigt. Die Teilnehmer der Demonstrationen bezeichnete er als Verschwörer, die einen durchdachten Aktionsplan hätten und "finanziell motiviert" seien. Bei den Unruhen im Land seien Polizisten getötet und verletzt worden, sagte Toqajew, nannte aber keine genauen Zahlen.

Der Staatschef versicherte, dass er sich in der Hauptstadt des Landes, Nur-Sultan, aufhalte und sie nicht verlassen werde. Der Politiker versprach, in naher Zukunft Vorschläge für die "politische Transformation" Kasachstans vorzulegen.

Toqajew gab außerdem bekannt, dass er das Amt des Vorsitzenden des Sicherheitsrats übernommen habe. Dieses hatte zuvor Ex-Präsident Nursultan Nasarbajew inne. "Als Staatsoberhaupt und fortan auch als Chef des Sicherheitsrats beabsichtige ich, so hart wie möglich zu agieren", sagte er.

Zu Beginn des Jahres kam es in zwei Städten des Landes zu Protesten gegen eine Verdoppelung der Preise für Flüssiggas an den Tankstellen. Als Konsequenz ordneten die Behörden Preissenkungen an. Viele Demonstranten gaben sich damit nicht zufrieden und forderten zudem den Rücktritt der Regierung. Regierungschef Askar Mamin legte schließlich am Mittwochmorgen sein Amt nieder. Die Proteste breiteten sich jedoch auch auf andere Städte aus. In Almaty, der größten Stadt und ehemaligen Hauptstadt des Landes, kam es am 4. und 5. Januar zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, die Polizei setzte Gas und Blendgranaten ein. Auf den Straßen waren Tausende Menschen unterwegs. In Videos waren Explosionsgeräusche und Schüsse zu hören. Zu sehen waren

ausgebrannte Autos und zerstörte Scheiben von Kiosken und Gaststätten. Medien berichteten, dass das Internet sowie das Telefonnetz abgeschaltet worden waren.

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 05.01.2022**  
**In den letzten 24 Stunden** haben Besatzer aus der 30. mechanisierten Brigade **einmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung in **Richtung Gorlowka verletzt**, von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aus wurde das Feuer mit Schusswaffen auf **Dolomitnoje** eröffnet. In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade einen Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Perwomajskoje stationiert, ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade ist in einem Wohngebiet von Majorsk stationiert. Außerdem wurden auf der Eisenbahnstation in Drushkowska sechs 82mm-Mörser 2B9 „Wassilek“ bemerkt.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE.** So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Leninskoje zu blockieren.

Die örtliche Bevölkerung des zeitweise von Kiew besetzten Territoriums der Donzeker Oblast erinnert sich noch an die „Verdienste“ und „Heldentaten“ ihrer sogenannten Verteidiger. Ständige Ausschreitungen von Seiten der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und der nationalistischen Einheiten sind auch heute nicht vergessen.

Am 4. Januar haben sich in Wolnowacha Beschäftigte des Bezirkskrankenhauses geweigert, einen ukrainische Verbrecher aus dem 24. Bataillon „Ajdar“ der 53. Brigade aufzunehmen, der verletzt wurde, als er in einen Bunker fiel. Im Zusammenhang damit waren die miesen Kommandeure gezwungen, den betrunkenen Kämpfer mit einem Armbruch und Abschürfungen in ein Militärhospital zu bringen.

So haben die örtlichen Einwohner aufgehört, ihr Verhältnis zu den ukrainischen Kämpfern und deren Verbrechen im Donbass zu verbergen.

Außerdem bemerkt wird, trotz der Versuche des Kommandos der sogenannten OOS, alle radikalen nationalistischen Einheiten aus der Operationszone abzuführen, im Gegenteil die Ankunft von nazistischen Kämpfern in nicht von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Bandenformationen.

So sind nach unseren Informationen im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka 20 Kämpfer des „Rechten Sektors“ eingetroffen.

Die Ankunft einer solchen Zahl von Kämpfern in dem genannten Gebiet ruft Besorgnis hervor. Um verschiedene Arten von Provokationen zu verhindern, verstärken wir die Wachsamkeit in dieser Richtung und rufen das ukrainische Kommando ein weiteres Mal auf, keine unbedachten Schritte zu tun.

snanews.de: **Massenproteste in Kasachstan: Internet im ganzen Land abgeschaltet**

In der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan ist es vor dem Hintergrund der Massenproteste nach einer schlagartigen Erhöhung der Preise für Flüssiggas um 100 Prozent zu massiven Störungen beim Internet gekommen.

„Kasachstan erlebt derzeit eine landesweite Abschaltung des Internets – am Tag zuvor gab es Unterbrechungen des mobilen Internets und teilweise Beschränkungen. Dies wird die Berichterstattung über die wachsenden Proteste gegen die Regierung wahrscheinlich stark einschränken“, teilte die Organisation NetBlock, die die Funktionsweise des Internets

überwacht, mit.

Außerdem sind die Webseiten von Regierungsbehörden in Kasachstan aufgrund der Proteste im Land vorübergehend nicht aus dem Ausland erreichbar. Journalisten aus Moskau, Taschkent und Bischkek haben bestätigt, dass sie die Webseiten der Präsidialverwaltung Kasachstans, der Generalstaatsanwaltschaft, des Nationalen Sicherheitsausschusses, des Innen- und des Gesundheitsministeriums nicht öffnen konnten. Die Seiten der Nationalbank und des Premierministers funktionieren jedoch störungsfrei.

Zuvor war bekannt geworden, dass auch die Webseiten einiger kasachischer Medien aus dem Ausland nicht erreichbar seien, unter anderem die Portale zakon.kz, tengrinews.kz und vlast.kz. Auch die Seite Sputnik Kasachstan ist nicht erreichbar.

Ein Korrespondent der RIA Novosti hatte berichtet, dass auch Mobiltelefon-, und Fernsehdienste in der kasachischen Millionenstadt Almaty ausgefallen seien.

Zuvor war berichtet worden, dass Protestierende ins Gebäude der Stadtverwaltung von Almaty eingedrungen seien. Auf Videos, die von Augenzeugen vor Ort aufgenommen wurden, ist ein großer Brand zu sehen. Laut dem Korrespondenten der RIA Novosti sind die Demonstranten daraufhin auch in die Präsidentenresidenz in Almaty eingedrungen. Im Stadtzentrum seien Schüsse zu hören.

Anfang Januar war es in den Städten Schangaösen und Aktau in der ölfördernden Region Mangghystau im Westen des Landes zu Protesten gekommen. Der Grund war der Anstieg der Flüssiggaspreise auf das Doppelte innerhalb kurzer Zeit. Wie das kasachische Energieministerium erklärte, werden die Preise ab 1. Januar auf dem Prinzip von Angebot und Nachfrage beim elektronischen Börsenhandel gebildet.

Präsident Tokajew wies an, eine Regierungskommission ins Leben zu rufen, die die Situation untersuchen soll. Am Dienstag trafen sich die Mitglieder der Regierungskommission mit Aktivisten in Aktau und sicherten zu, den Gaspreis im Gebiet Mangghistau zu senken. Jedoch haben sich die Proteste auf andere Städte ausgeweitet. Am Dienstagabend und in der Nacht zum Mittwoch kam es in Almaty, der größten Stadt des Landes, zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4904705\\_0:161:3071:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_a1aad42beb317a647fcaaba5ee488eb7.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4904705_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_a1aad42beb317a647fcaaba5ee488eb7.jpg)

Dnronline.su: Angesichts der ausreichenden Zahl von Impfpunkten gegen Covid-19 wurde die Online-Registrierung für Impftermine auf der Seite des Gesundheitsministeriums der DVR eingestellt.

Derzeit gibt es 65 Impfpunkte in allen Regionen, so dass die Impfung für alle Einwohner zugänglich ist.

Um sich impfen zu lassen, muss man mit dem Pass und der Ambulatoriumskarte in eine der

## Impfpunkte kommen.

### snanews.de: **Appell an Bevölkerung: Kasachischer Präsident stellt Reformen in Aussicht**

Im Zusammenhang mit den beispiellosen Protesten in der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan hat der Präsident des Landes, Kassym-Schomart Tokajew, zum zweiten Mal innerhalb von zwei Tagen an seine Landsleute appelliert und Reformen in Aussicht gestellt. Laut dem kasachischen Portal Informburo.kz versprach Tokajew, in naher Zukunft ein neues Paket von Vorschlägen vorzulegen:

„Ich werde bald mit neuen Vorschlägen zur politischen Transformation Kasachstans an die Öffentlichkeit treten,“ wandte sich der Präsident im Zusammenhang mit den Unruhen in der Republik an die Bevölkerung Kasachstans. Details nannte er nicht.

#### **Tote bei Massenunruhen**

Der Präsident sagte, bei den Protesten am Mittwoch seien Sicherheitskräfte getötet und verletzt worden.

„Es kommt zu massiven Angriffen auf Polizeibeamte. Es gibt Tote und Verletzte. [...] Die Situation bedroht die Sicherheit aller Bürger von Almaty. Und das kann nicht toleriert werden“, so Tokajew in seinem Appell.

Tokajew kündigte in diesem Zusammenhang ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte an. Das Staatsoberhaupt sprach von einem „Verbrechen, auf das eine Strafe folgen“ werde. Es werde von nun an „so hart wie möglich“ vorgegangen.

Zugleich wies er Gerüchte zurück, das Land verlassen zu wollen:

„Wie auch immer, ich werde in der Hauptstadt sein“, so Tokajew.

Er habe vielmehr den Vorsitz des Sicherheitsrates von Kasachstan übernommen. „Es ist meine verfassungsmäßige Pflicht, beim Volk zu sein. Gemeinsam werden wir diesen schwarzen Streifen in der Geschichte Kasachstans überwinden.“

#### **Proteste in Kasachstan**

Anfang Januar war es in den Städten Schangaösen und Aktau in der ölfördernden Region Mangghystau im Westen des Landes zu Protesten gekommen. Der Grund war der Anstieg der Flüssiggaspreise auf das Doppelte innerhalb kurzer Zeit. Wie das kasachische Energieministerium erklärte, werden die Preise ab 1. Januar nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage beim elektronischen Börsenhandel gebildet.

Präsident Tokajew wies an, eine Regierungskommission zu bilden, die die Situation untersuchen soll. Am Dienstag trafen sich die Mitglieder der Regierungskommission mit Aktivisten in Aktau und sicherten zu, den Gaspreis im Gebiet Mangghystau zu senken. Jedoch haben sich die Proteste auch auf andere Städte ausgeweitet. Am Dienstagabend und in der Nacht zum Mittwoch kam es in Almaty, der größten Stadt des Landes, zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein.

Am Mittwochnachmittag ist in dem zentralasiatischen Land das Internet abgeschaltet worden.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4906413\\_0:89:2189:1320\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_1c18b4a2637dc1726f12392d1a27e60e.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4906413_0:89:2189:1320_1920x0_80_0_0_1c18b4a2637dc1726f12392d1a27e60e.jpg)

**abends:**

### de.rt.com: **Proteste in Kasachstan eskalieren: Großstadt Almaty und Flughafen unter Kontrolle der Demonstranten**

Die Protestierenden in Kasachstan haben die ehemalige Hauptstadt Almaty und den dortigen Flughafen unter ihre Kontrolle gebracht. Die Ausschreitungen weiten sich im ganzen Land aus, es gibt bereits Tote und zahlreiche Verletzte. Mehrere Verwaltungsgebäude sind besetzt. **Proteste in Kasachstan eskalieren: Großstadt Almaty und Flughafen unter Kontrolle der Demonstranten**

Am vierten Tag seit Beginn der Proteste droht die Situation in Kasachstan in völliges Chaos umzuschlagen. In der ehemaligen Hauptstadt Almaty im Süden des Landes hat die protestierende Menge die Sicherheitskräfte von den Straßen vertrieben. Dies meldet RT-Korrespondent Iwan Schdanow, der sich im Land befindet:

"Fast jede Stadt in Kasachstan ist von der Flamme des Protests erfasst. Meldungen zufolge gibt es in Almaty keinen Vertreter der Sicherheitsorgane mehr – weder die Polizei noch die Nationalgarde. Die Protestierenden haben sie aus der Stadt vertrieben. Polizisten wurden attackiert und entwaffnet. Die Feuerwaffen samt Munition wurden ihnen einfach weggenommen. Außerdem wurde ein Waffengeschäft ausgeplündert. Die Lage ist äußerst explosiv."

Das Geschehen auf den Straßen Almatys wird von vielen Einwohnern mit Mobiltelefonen festgehalten. Eines der Videos aus dem Fenster eines Bürohauses zeigt, wie ein Polizist von einer Gruppe junger Männer entwaffnet wird:

Auch der internationale Flughafen in Almaty wurde von einer Gruppe Demonstranten besetzt. Alle Flüge sind bis Ende des Tages gestrichen. "Ersten Berichten zufolge befinden sich derzeit etwa 45 Angreifer im Flughafen. Als sie eintraten, verließen unsere Mitarbeiter den Flughafen. Zum Zeitpunkt der Beschlagnahme befanden sich keine Passagiere im Terminal. Wir haben die Passagiere vorzeitig evakuiert", teilte der Pressedienst des Flughafens mit. Inzwischen habe auch das Militär den Flughafen verlassen: "Wir wissen nicht, wann sie gegangen sind. Sie sind im Moment nicht anwesend. Die Mitarbeiter des Flughafens setzten ihre eigenen Mittel ein, um die Passagiere zu evakuieren." Auch der Flughafen in Aktau hat seinen Betrieb eingestellt.

Landesweit gibt es zudem Probleme mit dem Internet, das vermutlich von den Behörden gedrosselt wird. Auch Fernsehkanäle liefern derzeit kein Bild. In der Hauptstadt Nur-Sultan wurde Militärtechnik gesichtet. Das Ausmaß der Proteste in Kasachstan ist seit den dreißig

Jahren der Unabhängigkeit beispiellos.

Nach Angaben von Präsident Kassym-Schomart Tokajew gab es bereits Tote und Verletzte. Zahlen nannte er am Mittwoch zunächst nicht. "Es gibt Tote und Verletzte. ... Die Situation bedroht die Sicherheit aller Bürger von Almaty. Und das kann nicht toleriert werden", sagte Tokajew in einem Appell an seine Landsleute, der zuerst von russischen Medien verbreitet wurde. ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d5c7dbb480cc74b2243f22.jpg>